

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

MÄRZ 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir gehen in großen Schritten auf Ostern zu, deshalb möchte ich Ihnen und Euch schon jetzt frohe Ostertage wünschen!

Meine „Osterferien“ halten eine ganz besondere Lektüre für mich bereit: Anfang Februar habe ich an alle Mitglieder in meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg einen Brief geschrieben mit der Bitte, mir und der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion nach zwei Jahren Großer Koalition ein Zwischenzeugnis auszustellen.

Nicht nur die Zahl der Rücksendungen, sondern vor allem die vielen konstruktiven, inhaltlich sehr fundierten Antworten freuen mich sehr. Im nächsten Newsletter werde ich ausführlicher darüber berichten. Bis dahin wünsche ich eine gute Lektüre mit diesem Newsletter, der wieder voll gepackt ist mit viel Lesestoff.

Ihr 



INHALT

- 2 Klartext: Nataschas
- 2 Top-Thema Flüchtlinge
- 8 Meine Stimme für Vernunft
- 10 Wie schaffen wir das?
- 12 TTIP, Leiharbeit, etc.
- 13 Starke Kommunen
- 14 Vor Ort unterwegs
- 16 Franziskas Post
- 17 MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



TOP-THEMA FLÜCHTLINGE

Natürlich gehe ich in meinem Newsletter auch auf das Thema Nummer 1 in Deutschland ein. Kaum ein Gespräch über Politik kommt derzeit ohne Fluchtursachen, Kontingente, etc aus. Auf den folgenden Seiten gibt es daher einige Artikel zu diesem gesamtgesellschaftlichen Top-Thema:

- > Klartext: Nataschas dreieinhalb Minuten
- > Fragen und Antworten zur SPD-Flüchtlingspolitik
- > Der 12-Punkte-Plan von 5 SPD-Frauen
- > Kardinal Marx spricht Klartext
- > doudrü g'hört geredt: Integration

FLÜCHTLINGSPOLITIK: IHRE FRAGEN – UNSERE ANTWORTEN

Insbesondere durch die sozialen Netzwerke geistern oft widersprüchliche, vielfach auch völlig falsche „Fakten“, die gezielt dazu dienen sollen, die Menschen in Deutschland zu verunsichern und gegen Flüchtlinge aufzubringen. Mit den folgenden Infos möchte ich den Spekulationen und vermeintlichen Fakten all das entgegen stellen, was tatsächlich ist, was wir beschlossen haben und was wir noch tun werden.

Wie viele Flüchtlinge kommen aktuell zu uns?

Auch 2016 kommen wieder sehr viele Menschen auf der Suche nach Schutz und Lebensperspektiven nach Deutschland. Trotz schlechter Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten waren es im Januar durchschnittlich mehr als 2.000 Flüchtlinge täglich. Rund 80.000 Flüchtlinge wurden für den Monat Januar registriert. Mehr als 30.000 von ihnen stammen aus Syrien, je 16.000 Iraker und Afghanen. Darunter sind im Gegensatz zum letzten Jahr immer mehr Frauen und Kinder: Sie machen etwa 60% derjenigen aus, die die Griechisch-

KLARTEXT

Nataschas dreieinhalb Minuten

Über eine halbe Millionen Menschen haben sich bislang die Rede von Natascha Kohnen, unserer bayerischen SPD-Generalsekretärin, im Internet angeschaut. Natascha sprach am 3. Februar im Landtag zum Thema Flüchtlinge.

Keine andere Landtagsrede wurde bislang via Facebook so weit verbreitet wie die dreieinhalb Minuten von Natascha. Und warum? Weil sie vielen Menschen aus der Seele spricht: „Seit drei Monaten gehen Sie dem ganzen Land auf die Nerven mit Ihrem populistischen Rausgeplärre!“ Anlass für ihren Ärger waren laute, richtiggehend arrogante Lacher von CSU-Seite, als Markus Rinderspacher von der Pendeldiplomatie Steinmeiers berichtete, der in Syrien und allen Nachbarstaaten das Gespräch sucht, um die in der Region verbliebenen Flüchtlinge vor Ort besser zu versorgen, bevor sie sich auf den Weg nach Europa machen. „Dass man darüber lacht, das verstehe ich nicht.“ Und: „Sie sind unser Koalitionspartner in Berlin. Jetzt arbeiten sie mit uns zusammen und blockieren sie nicht alles und plärren immer nur dazwischen.“

Recht hat sie. Wenn es um die nun nötige Integration geht, ducken sich CDU/CSU weg. Unsere Ministerinnen Andrea Nahles und Manuela Schwesig sowie Ministerpräsidentin Malu Dreyer haben einen konkreten Plan vorgelegt. Der Union fiel bislang außer der Aussetzung des Mindestlohns für Flüchtlinge nicht viel ein. „Weniger Populismus, mehr Humanität“ forderte Kohnen in ihrer Rede von der CSU. Sehe ich genauso!

P.S.: Am Mindestlohn wird nicht gerüttelt. PUNKT!

Aus dem PARLAMENT



Mazedonische Grenze überqueren. Auch wenn das BAMF und der Bundeswirtschaftsbericht bereits Zahlen zwischen 500.000 und 800.000 nennen, so ist es für jede genaue Prognose für das Gesamtjahr 2016 allerdings noch viel zu früh.

Wie will die SPD-Bundestagsfraktion die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduzieren?

Die Verringerung bzw. Verlangsamung des Flüchtlingszuzugs ist für uns nicht das Ende der Willkommenskultur, sondern Voraussetzung für ihren Erfolg.

Wir konzentrieren uns auf drei Maßnahmen:

1. Bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarregionen der Krisen- und Bürgerkriegsgebiete: Im Falle Syriens gilt das vor allem für Jordanien, den Libanon, den Irak und für die Türkei. Für die humanitäre Versorgung, z.B. mit Lebensmitteln, stellt Deutschland im Jahr 2016 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem stellen wir für die langfristige Entwicklungshilfe insgesamt 700 Mio. Euro weltweit zur Verfügung, um Fluchtursachen dauerhaft vorzubeugen.

2. Die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union: Derzeit sind die europäischen Grenzen praktisch offen für alle Flüchtlinge, die sich in die Hände von Schleppern begeben. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für eine bessere europäische Grenzsicherung und Küstenwache. **Außerdem soll mit der Türkei ein Rücknahmeabkommen geschlossen werden, damit es sich für Flüchtlinge nicht mehr lohnt, sich in die Hände von Schleppern zu begeben.**

3. Stattdessen wollen wir mit Hilfe des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Kontingente für Flüchtlinge vereinbaren, die aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien und dem Irak zu uns nach Deutschland und nach Europa kommen



können. Mit Kontingenten bekommen wir die Kontrolle über den Flüchtlingszuzug zurück – und die Menschen einen sicheren Weg nach Europa.

Warum will die SPD-Fraktion nicht die deutschen Grenzen schließen? Warum setzt sie weiter auf eine europäische Lösung?

Wir sind gegen die Schließung unserer nationalen Grenze, weil das in der Realität nicht dazu führen würde, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Menschen würden sich trotzdem auf den Weg machen und einen Grenzübertritt über die grüne Grenze versuchen.

Um das zu verhindern, müsste man die Grenzen sichern wie einst die DDR – mit Mauern, Stacheldraht und im Notfall mit Waffengewalt. Das lehnen wir entschieden ab.

Selbst wenn es uns gelänge, die Flüchtlinge von einem Grenzübertritt nach Deutschland abzuhalten, würde das einen Dominoeffekt in anderen EU-Staaten wie Griechenland oder Bulgarien und in den Westbalkanstaaten auslösen. Viele Flüchtlinge würden in diesen Ländern bleiben wollen, wenn sie nicht mehr nach Deutschland können. Viele der Länder aber wären damit überfordert, so viele Flüchtlinge wie Deutschland aufzunehmen.

Aus dem PARLAMENT



Die Gefahr wäre groß, dass dadurch ein Kollaps der EU-Krisenstaaten eintritt oder gar die jungen Demokratien in dieser Region destabilisiert werden.

Aber auch für die Europäische Union wäre eine Schließung der Grenze eine Katastrophe: Es wäre das Ende der europäischen Freizügigkeit. Führende Wirtschaftsvertreter sowie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel warnen daher vor einer Gefährdung des freien EU-Grenzverkehrs. Durch Staus und Wartezeiten und zusätzliche Bürokratie können sich die Kosten für die deutsche Wirtschaft auf zehn Milliarden Euro pro Jahr summieren.

Deshalb sind wir überzeugt: Wir müssen die Flüchtlingsfrage europäisch lösen und nicht im nationalen Alleingang. Obergrenzen und Grenzzäune helfen nicht, sondern sie gefährden die EU, sie beschädigen unsere Wirtschaft und sie bedrohen die Balkanstaaten.

Warum will die SPD-Fraktion Kontingente für Flüchtlinge?

Kontingente für Flüchtlinge sind unsere Alternative zur bisherigen unkontrollierten und lebensgefährlichen Flucht über das Mittelmeer, Griechenland und den Balkan. Voraussetzung für solche Kontingente ist, dass wir gleichzeitig die Zahl der Flüchtlinge deutlich verringern, die auf eigene Faust über den Wasser-/Landweg nach Europa kommen. Das ist nur über eine Sicherung der europäischen Außengrenzen und einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Türkei möglich. Die Türkei muss ihre Grenzen sichern, Schleusern das Handwerk legen und bei Bedarf Flüchtlinge, die außerhalb der Kontingente kommen, wieder zurücknehmen. Insbesondere Griechenland wird es kaum schaffen, seine Grenzen zur Türkei zu schließen. Umso wichtiger ist es, dass die Türkei selbst ihre Grenzen zu Syrien so gut es geht sichert. Aber auch dabei benötigt sie die Hilfe der ganzen EU.



Mit Kontingenten für Bürgerkriegsflüchtlinge ermöglichen wir es auch Frauen und Kindern, sicher zu uns zu kommen. Allein seit Januar 2016 sind über 350 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Der Weg nach Europa wurde für sie zur tödlichen Falle. Kontingente ersetzen diesen gefährlichen Weg.

Zugleich behalten wir mit Kontingenten die Kontrolle, wer nach Deutschland einreist: In ein Kontingent für syrische Flüchtlinge kommen beispielsweise nur diejenigen, die sich auch als Syrer ausweisen können. So sind die Flüchtlinge schon vor ihrer Ankunft in Deutschland registriert. Und wir können die Flüchtlingsankunft so steuern, dass unsere Kommunen ihn auch verkraften können.

Wie steht die SPD-Fraktion zum Familiennachzug für Flüchtlinge?

Integration gelingt besser, wenn ganze Flüchtlingsfamilien nach Deutschland kommen. Dabei geht es nicht darum, „Großfamilien“ nach Deutschland zu holen. Vielmehr ist der Familiennachzug auf die Ehegatten und die Kinder beschränkt. Großeltern, Onkel oder Tanten dürfen nach geltendem Recht nicht nachziehen. Kinder aber sind der beste Integrationshelfer, da sie über Kita und Schule viel leichter Kontakte knüpfen und Menschen zusammenbringen. Für sie spielen kulturelle Unterschiede eine viel geringere Rolle.

Aus dem PARLAMENT



Menschen integrieren sich schneller, wenn sie mit ihrer Familie hier leben.

Grundsätzlich erhalten nur diejenigen das Recht auf Familiennachzug, die auch hier bleiben dürfen. Wer abgelehnt wird oder sich noch im Verfahren befindet, darf seine Familie nicht nachholen. Der Familiennachzug hält sich im Rahmen: So holten beispielsweise 2014 lediglich 15.700 Ausländer ihre Ehefrauen nach, 3.200 ihre Ehemänner und 16.000 Kinder.

In einem Kompromiss mit der Union haben wir nun zugestimmt, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt wird. Dies betrifft nur die Personen, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können und auch keinen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen, aber dennoch nicht heimgeschickt werden, weil ihnen dort zum Beispiel Folter, Tod oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Dies dürfte etwa rund 18% der Syrer betreffen. Nach den zwei Jahren dürfen sie ihre Familien nachholen. Zugleich haben wir aber durchgesetzt, dass innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien vorrangig Ehefrauen (bzw. Ehemänner) und Kinder von hier bereits lebenden Flüchtlingen berücksichtigt werden.

Was tut die Regierung, um besser zu kontrollieren, wer nach Deutschland einreist?

Die Große Koalition hat im Herbst 2015 eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, damit die Einreise der Flüchtlinge geordneter stattfindet und kein Asylbewerber unkontrolliert nach Deutschland einreist. Dazu gehört ein einheitlicher Ausweis, den alle Asylsuchenden künftig bei der Registrierung erhalten. Ohne diesen Ausweis kann ein Flüchtling keinen Asylantrag stellen und bekommt abgesenkte Leistungen. Außerdem macht Deutschland seit September 2015 von der Möglichkeit des Schengen-



Vertrags Gebrauch, die deutsch-österreichische Grenze verstärkt zu kontrollieren.

Die Bundespolizei bekommt in den kommenden drei Jahren zusätzlich 3.000 Stellen. Damit die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft kontrolliert weiterreisen, übernimmt der Bund die Verteilung der Asylbewerber in die Bundesländer. In Bayern wurden dafür Wartezentren eingerichtet, von wo aus die Asylbewerber innerhalb von 48 Stunden auf die Länder verteilt werden.

Was tut die Regierung, um Asylverfahren zu beschleunigen?

Die Asylverfahren sind das Nadelöhr der Flüchtlingsankunft: Erst wenn sie entschieden sind, kann ein Flüchtling wirklich integriert werden – oder bei einer Ablehnung ausreisen oder abgeschoben werden. Leider müssen immer noch hunderttausende Asylbewerber Monate warten, bis sie den Antrag überhaupt stellen können. Schon mit den Haushalten 2013 bis 2015 hatten wir das Personal des BAMF mit zusätzlichen 1.650 Mitarbeitern um mehr als 50 % erhöht. Für 2016 stellt das BAMF nochmal weitere 4.000 Personen ein, insgesamt 7.000 Stellen sind dann auch angemessen. Deshalb erwarten wir, dass sich die Bearbeitungszeit der Asylanträge in 2016 substantiell verringert.

Neben denjenigen, die zu Recht in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, gibt es aber viele Asylbewerber, deren Antrag mit großer

Aus dem PARLAMENT



Wahrscheinlichkeit abgelehnt wird. Um deren Asylanträge schneller zu bearbeiten, haben wir nach Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien auch Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Gleiches ist für Tunesien, Marokko und Algerien zu prüfen.

Außerdem werden Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen sein sollen. Das bedeutet: Menschen mit geringer Aussicht auf Anerkennung ihres Asylantrags werden nicht mehr in die Städte und Kommunen verteilt und bei Ablehnung direkt aus den zentralen Aufnahmeeinrichtungen zurückgeführt.

Haben Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten noch eine Chance auf Asyl?

Ja, jeder Mensch, der in Deutschland Asyl sucht, hat auch künftig ein Recht auf Prüfung seines Asylgesuchs und bekommt Asyl, wenn sein Gesuch begründet ist. So steht es im Europarecht und in unserer Verfassung, und daran ändert sich auch nichts durch die Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat.

Was für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten (u.a. Westbalkanstaaten) anders ist, ist die Behandlung im Verfahren: Es gibt eine Beweislastumkehr und eine verkürzte Ausreisefrist. Auch sind die Fristen für einstweiligen Rechtsschutz sowie Klage verkürzt und eine Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts nicht möglich. Gleichwohl: Es erfolgt auch hier eine individuelle Prüfung. Wer als Betroffener tatsächlich drohende Menschenrechtsverletzungen vorbringen kann, wird als schutzberechtigt anerkannt. Ganz konkret bedeutet dies, dass sich an der Zahl der positiv beschiedenen Anträge auch nach der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten nicht wirklich etwas ändern wird. Stattdessen gehen die Verfahren schneller und ab-



gelehnte Asylbewerber können früher abgeschoben werden.

Was tut die Bundesregierung, damit abgelehnte Asylbewerber schnell in ihre Heimat zurückkehren?

Wird ein Asylgesuch abgelehnt, erwarten wir, dass er oder sie Deutschland auch schnell wieder verlässt. Denn ohne eine freiwillige Rückkehr oder eine schnelle Abschiebung derer, die nicht bleiben dürfen, können wir die Integration derjenigen, die zu Recht in Deutschland Asyl bekommen, nicht schaffen. Ein großer Teil der Asylbewerberinnen und -bewerber, deren Anträge abgelehnt worden sind, geht freiwillig wieder in die Heimatländer zurück.

Abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig gehen, werden sich künftig nicht mehr der Abschiebung entziehen können.

Was tut die Regierung, damit straffällige Ausländer Deutschland schnell verlassen müssen?

Flüchtlinge sind weder krimineller noch weniger kriminell als vergleichbare einheimische Bevölkerungsgruppen. Das sagen auch alle Statistiken. Dennoch gibt es einen Unterschied: Wer als Ausländer in Deutschland Straftaten begeht, hat sein Recht, sich in Deutschland aufzuhalten, unter Umständen verwirkt. Er wird ausgewiesen und muss danach mit einer Abschiebung in sein Herkunftsland rechnen, wenn die dortigen Bedingungen es zulassen.

Aus dem PARLAMENT



Bevor es aber dazu kommt, müssen die Taten, in denen Ausländer im Verdacht stehen, zunächst aufgeklärt werden. Vorverurteilungen darf es dabei nicht geben.

Wenn ausländische Täter wegen einer schweren Straftat verurteilt werden, können sie ausgewiesen werden. Die gesetzliche Schwelle dafür wurde bereits zum 1. Januar so abgesenkt, dass ausländische Straftäter schon ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ausgewiesen werden können. In **dieser Woche haben wir** ein Gesetz beschlossen, mit dem auch bei einer kürzeren Freiheitsstrafe eine Ausweisung möglich ist – egal ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt und wie lange sie ist. Allerdings erfolgt stets eine Einzelfallabwägung aller Interessen. Asylbewerbern, die Straftaten begehen, soll in Zukunft leichter die Anerkennung als Flüchtling versagt werden können.

Was wir jetzt brauchen, ist das entschlossene Durchgreifen der zuständigen Behörden und die Anwendung der bestehenden Gesetze – zum Schutz der Opfer, aber auch zum Schutz der großen Mehrheit der Asylsuchenden, die friedlich in unserem Land leben!

Wir haben dazu der Bundespolizei im letzten Jahr schon 3.000 Stellen bewilligt und fordern insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei von Bund und Ländern.

Welchen Plan hat die SPD-Fraktion, um die Flüchtlinge zu integrieren?

Die SPD ist die Partei, die in Deutschland am meisten für Integration tut. Während die Union sich über Obergrenzen zerstreitet, haben wir ein Konzept für einen Neustart in der Integrationspolitik vorgelegt. Einiges davon konnten wir in 2015 schon umsetzen:

- >> Aufstockung der Sprachförderung in Integrationskurse, Kitas, Schulen und Hochschulen
- >> Schnellerer Arbeitsmarktzugang schon während des Asylverfahrens
- >> Rechtssicherheit für Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden
- >> Schnellere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- >> Erfassung der beruflichen Erfahrungen von Asylsuchenden schon in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Programm „Early Intervention“
- >> Finanzielle Aufstockung der Jobcenter zur Arbeitsmarktintegration
- >> Finanzielle Aufstockung bestehender erfolgreicher Bildungsangebote
- >> Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Das alles können aber nur erste Maßnahmen sein.

Aus dem PARLAMENT



Denn um die Fehler der Vergangenheit bei der Integration nicht zu wiederholen, brauchen wir einen Integrationsplan für Deutschland, in dem alles zusammenpasst: Sprachkurse, berufliche Bildung, Arbeitsmarktzugang, Wohnen, Wertevermittlung, Demokratievermittlung.

Einen solchen Plan hat Malu Dreyer für die SPD jetzt vorgelegt. Mit diesem Plan zeigen wir, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben: Was wir jetzt investieren, zahlt sich später mit hoher Rendite doppelt aus, aber was wir jetzt versäumen, lässt sich nicht mehr aufholen. Jetzt erwarten wir von der Union, dass sie mit uns diesen Plan in Deutschland auch umsetzt. Wir wollen dazu ein Integrationsfördergesetz auf den Weg bringen.

Denn nichts wäre schlimmer, als Asylbewerber in Deutschland in Asylbewerberheimen und Turnhallen einfach rumsitzen zu lassen. Diese Integrationsleistung müssen wir vollbringen. Dann haben wir auch die große Chance, dass unser Land von der Zuwanderung profitiert. Andernfalls steigt die Gefahr einer sozialen Spaltung, und Flüchtlinge würden in die Illegalität und Kriminalität getrieben.

Das Angebot an die Flüchtlinge, ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu werden, beinhaltet aber auch Pflichten. Es gibt bereits die Verpflichtung, an einem Integrationskurs und damit Sprachunterricht teilzunehmen, wenn man nicht ausreichend Deutsch spricht.

Zugleich sehen wir aber auch die Verpflichtung, gemeinsame Werte auf Grundlage unseres Grundgesetzes anzuerkennen: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung sind unverrückbares Fundament für ein friedliches Zusammenleben, sie gelten uneingeschränkt für alle in unserem Land.

Unser Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft ergibt sich aus dem Grundgesetz: Wer zu unserer Gesellschaft gehören möchte, der hat Andersgläubige zu respektieren, die Rechte von Frauen, Kindern und sexuellen Minderheiten zu achten und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung abzulehnen.

Diese Regeln gelten für alle Menschen in diesem Land gleichermaßen. Für Einwandererinnen und Einwanderer ebenso wie für Alteingesessene. Jeder Verstoß gegen diese Regeln wird mit der nötigen Härte des Gesetzes geahndet.

SPD GEGEN RADIKALISIERUNG

Vernunft statt Hetze und Populismus: Mit der Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ wirbt die SPD gegen die Radikalisierung in Deutschland. Mit dabei sind prominente Unterstützer wie Iris Berben und Harald Krassnitzer.

Deutschland darf nicht weiter gespalten werden: Statt Hass und Gewalt braucht unser Land mehr Zusammenhalt! Das Land scheint in Aufruhr. Die zunehmende Anzahl von Brandanschlägen sowie der unsägliche Schießbefehl-Vorstoß von AfD-Chefin Frauke Petry zeigen dies. Dagegen müssen wir uns wehren, denn das zeichnet ein Zerrbild von Deutschland und schadet uns allen.

Die neue Rechte, an der Spitze die AfD, ist ganz nah an der Sprache der Feinde der Demokratie, der Nazis der 20er Jahre. Die AfD erzeugt ein fremden- und demokratiefeindliches Klima, wie wir es in der Geschichte der BRD noch nicht hatten. Dagegen setzt die SPD nun die Kampagne, die vor allem in den wahlkämpfenden Bundesländern plakatiert wird. Mehr unter www.stimme-fuer-vernunft.de

Aus dem PARLAMENT



GESELLSCHAFT ZUSAMMENHALTEN

In einem Impulspapier machen sich fünf Spitzenpolitikerinnen der SPD für einen „Integrationsplan Deutschland“ stark. Dabei geht es aber längst nicht nur um die Frage, wie Menschen, die neu ins Land kommen, schnell und gut in die Gesellschaft aufgenommen werden können.

Darüber hinaus geht es um wichtige Weichenstellungen, die „allen nutzen, unsere ganze Gesellschaft stärken und das Wachstumspotenzial unserer Wirtschaft erhöhen“, heißt es in dem Papier „Neustart in Deutschland. Für ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“, kurz: der „Dreyer-Plan“.



Bereits im Dezember vorgelegt haben ihn die Ministerinnen für Arbeit, Familie, Bauen und Integration – Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks und Aydan Özoguz – gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Foto), die den Plan vorantrieb.

Mehr Kita-Plätze

In 12 Punkten beschreiben sie die Grundlagen für eine Politik mutiger Reformen und kräftiger Zukunftsinvestitionen. So soll beispielsweise das sogenannte Kooperationsverbot im Grundgesetz für den Bereich Bildung abgeschafft werden. Konkret heißt das: Bund und Länder könnten dann gemein-

sam für die Finanzierung von Schulen und Kitas zusammenarbeiten. 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher wären damit kurzfristig möglich, außerdem mehr Ganztagsangebote an Schulen.

Ideen für neue Job-Chancen

Für Zuwanderer sollen Sprachkurse und Hilfen zum Einstieg auf den Arbeitsmarkt gleichzeitig ablaufen – und Qualifikationen schneller anerkannt werden. Aber auch für Langzeitarbeitslose werden neue Initiativen vorgeschlagen, um neue Chancen zu eröffnen auf den eigenen Job. Die Schwachen nicht gegen die Schwächsten ausspielen – das zieht sich wie ein roter, sozialdemokratischer Faden durch die 12 Punkte.

Deutlich mehr Wohnungen

Kräftige Investitionen fordern die SPD-Politikerinnen auch für deutlich mehr bezahlbare Wohnungen. So sollen die Fördermittel deutlich aufgestockt werden, damit jedes Jahr bis zu 400.000 neue Wohnungen zur Verfügung stehen.

Insgesamt rechnen die fünf SPD-Politikerinnen mit rund fünf Milliarden Euro zusätzlichen Investitionen pro Jahr. Das Geld sehen sie aber gut angelegt: unter anderem in Qualifizierung, Integration, mehr und bessere Kita-Plätze, Schulen, Wohnungen.

Das dürfte auch dem Wachstum in Deutschland einen zusätzlichen Schub geben. Und: „Investieren wir nicht, werden die Folgekosten höher sein.“

Die Reaktion der Union darauf? Alles wird zerredet, eigene konstruktive Vorschläge jenseits von Wahlkampfparolen und Schaufenstersprüchen gibt es kaum – und aus Bayern kommt sowieso nur „Geplärre“ (siehe **KLARTEXT, Seite 2**).

Aus dem PARLAMENT



KLARE WORTE VON MARX

Als katholischer Christ höre ich stets genau hin, was „meine“ Kirche zu politischen Themen zu sagen hat. Aber nicht immer sind wir beide dermaßen einer Meinung wie aktuell zum Thema Flüchtlinge. Und weil dem so ist, möchte ich einige Zitate von Kardinal Marx wiedergeben, die mir aus der Seele sprechen: „Kein Flüchtling der europäischen oder deutschen Boden betritt, sollte unwürdig behandelt oder in Gewalt, Verfolgung oder Krieg zurückgeschickt werden dürfen“, sagte Kardinal Marx vorletzte Woche zum Auftakt der Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischöfe. Und weiter:

„Die Grenze Europas darf keine Grenze des Todes sein. Es ist eine Schande, dass geschätzt schon Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben gekommen sind; vielleicht sind es sogar mehr.“

„Wir erleben Hetze gegen Fremde, bis in bürgerliche Kreise hinein. Der Firnis der Zivilisation ist offenbar doch nicht so dick wie immer gedacht.“

„Angst sollten Menschen nicht vor den Flüchtlingen haben, sondern vor einer Polarisierung der Gesellschaft und einem möglichen Zerfall Europas.“

„Überlegungen, an den Grenzen auf wehrlose Flüchtlinge zu schießen, sind inakzeptabel und menschenfeindlich. Parteien, die so etwas äußern, sind keine Alternative für Deutschland.“

„Unsere christliche Identität wäre in Gefahr, wenn wir den Flüchtlingen nicht helfen würden.“



DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT: „WIE SCHAFFEN WIR DAS?“

Großen Zuspruch fand mein Diskussionsabend der Reihe „doudrü g'hört geredt“, zu dem ich Mitte Februar in mein Bürgerbüro in Gemünden eingeladen habe. „Eine Veranstaltungsreihe für Menschen, die etwas zu sagen haben.“ So lautet das Motto zu meiner Dialog- & Klartext-Reihe. Zum Gespräch eingeladen waren dieses mal Zaher Hndieh Atch, ein anerkannter Asylbewerber aus Syrien, Dr. Hermann Burkhard (Netzwerk Asyl), Martina Dittmeier (Natursteinbetrieb Dittmeier in Wernfeld), Jürgen Endres, Lehrer am Friedrich-List-Gymnasium, Tanja Höfling, die Leiterin der städtischen Kindergärten in Gemünden, und Rezza Khizab, ein Arbeiter im Betrieb Dittmeier.

Mit knapp 40 interessierten Besuchern war die Kapazität meines Büros voll ausgeschöpft, sodass immer wieder zusätzliche Stühle bereitgestellt werden mussten.

Aus dem PARLAMENT



In meinen Begrüßungsworten wies ich darauf hin, dass der Fokus des Abends auf die Integration der Flüchtlinge vor Ort gelegt werden soll. Daher habe ich Menschen eingeladen, die etwas über die lokale Flüchtlingsintegration zu sagen haben.

Positive Bilanz im Kindergarten

Viel zu erzählen hatte Tanja Höfling, die Leiterin der Kindergärten in Gemünden. Insgesamt zehn Kinder, deren Eltern Asyl ersuchen oder ersucht haben, gibt es in ihrem Kindergarten. Ein Viertel aller Kinder hat einen Migrationshintergrund. Größte Schwierigkeiten bereite die Sprachbarriere, allerdings lernen die Kinder sehr schnell grundlegende Begriffe. Wichtig sei, dass jedes Kind einen Kindergartenplatz bekommen kann. Insgesamt zog Höfling eine positive Bilanz, da sich die Kinder sehr gut eingewöhnen.

Flüchtlinge als Chance sehen

Dr. Burkhard betonte, dass man die Flüchtlinge eher als Chance denn als Risiko sehen müsse. „Die Flüchtenden sind ein riesiges Konjunkturprogramm.“ Dass man die aktuelle Lage als Chance begreifen muss, sehe ich ebenso. Allerdings muss es dafür auch Geld gegeben: für Bildung (nicht nur für Flüchtlinge), für Sprach- und Integrationskurse und für Wohnungen.

Gelungene Integration

Ein Beispiel für gelungene Integration lieferten Martina Dittmeier, Rezza Khizab und Zaher Hndieh Atch. Dittmeier, die Rezza Khizab, einen Flüchtling aus dem Iran, in ihrem Betrieb aufgenommen hat, hat bis jetzt nur „positive Erfahrungen“ gemacht. Sie betonte, dass man die Flüchtlinge an die Hand nehmen müsse, um eine gelungene Integration zu ermöglichen. Dies sei auch mit psychischen Belastungen verbunden, für beide Seiten. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel für gelungene Integration bot Zaher Hndieh Atch, der seit acht Monaten in Deutschland ist und bereits sehr gut Deutsch spricht.

Pilotprojekt in Würzburg

Jürgen Endres berichtete von einem Pilotprojekt, das Flüchtlinge in unser Bildungssystem integrieren soll. Allerdings gebe es bislang nur wenige Flüchtlinge, die den Sprung auf das Gymnasium schaffen. Zum Beispiel ist gerade an seinem Gymnasium ein syrisches Mädchen in der 6. Klasse. Insgesamt spricht Endres von einem „harten Weg“.

Vielen Dank meinen Gästen für die erkenntnisreichen Einblicke. Es war wieder einmal ein sehr guter Gesprächsabend, der zeigt, dass die Veranstaltungsreihe ein voller Erfolg ist.

Aus dem PARLAMENT



EINSICHT IN TTIP- VERHANDLUNGSDOKUMENTE



Seit dem 01.02.2016 gibt es im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einen Leseraum, in dem die Mitglieder des Deutschen Bundestages Einblick in die Verhandlungsdokumente zu TTIP nehmen können. Über das Verhandlungsergebnis werden auch die meisten Nationalparlamente zu entscheiden haben – darunter der Deutsche Bundestag. Als einer der ersten Abgeordneten habe ich die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Dokumente genutzt.

Gemeinsam mit meinem Hamburger Kollegen Dr. Matthias Bartke, Justiziar der SPD-Bundestagsfraktion, hatte ich einen Termin im Lesesaal des Bundeswirtschaftsministeriums. Dass wir so lange dafür kämpfen mussten, dass wenigstens Abgeordnete diese Unterlagen einsehen dürfen, ist nicht nur traurig, sondern äußerst beschämend.

Vor der Sommerpause werden noch weitere Verhandlungsrunden stattfinden, ganz entscheidend wird es aber sein, ob es eine Einigung mit den USA zu den Schiedsgerichten geben wird und wie die öffentliche Daseinsvorsorge geschützt wird.

KONSTRUKTIVE GESPRÄCHE MIT LEIHARBEITSFIRMA HOFMANN

Mit meinem Fraktionskollegen Andreas Schwarz habe ich die Leiharbeitsfirma I.K. Hofmann GmbH in Bamberg besucht. Konstruktive Gespräche wurden unter anderem über die geplante Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes geführt. Thema war aber auch die aktuelle Flüchtlingssituation. Die Firma geht mit gutem Beispiel voran und hat sich vorgenommen, 2016 100 Flüchtlinge einzustellen. Dieses Anliegen habe ich auch direkt an das Jobcenter weitergegeben. Mir ist es wichtig, den persönlichen Kontakt zu pflegen. Daher haben wir bereits für den Mai ein weiteres Gespräch ausgemacht, um so im ständigen Austausch zu bleiben.

INTERVIEW MIT TV.BERLIN



Bei dem Gespräch mit dem Hauptstadtseher stand ich dem Gastgeber 25 Minuten für Fragen zur Verfügung. Er wollte als Berliner vor allem vieles über Bayern wissen. Weitere Themen waren Leiharbeit und Werkverträge, Mindestlohn und die Flüchtlingssituation. Das komplette Interview ist bei TV.Berlin (www.der-hauptstadt-sender.de) unter der Rubrik „Aus dem Bundestag“ zu finden.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



FRAKTION VOR ORT: FÜR STARKE KOMMUNEN

Etwa 40 KommunalpolitikerInnen und BürgerInnen waren meiner Einladung Ende Januar in die Zehntscheune in Kleinwallstadt gefolgt, um in der Reihe „Fraktion vor Ort“ der SPD-Bundestagsfraktion über die vielseitigen Themen rund um die Finanzausstattung der Kommunen zu diskutieren. Als kompetente Gäste standen mir mein Bundestagskollege Andreas Schwarz, Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, sowie der Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtages, zur Seite.



Diese Bundesregierung hat wie keine vor ihr auf Betreiben der SPD die Kommunen entlastet, allerdings müssen die Finanzen noch gerechter verteilt werden. Auch der ländliche Raum braucht mehr Unterstützung. Gerade in vermeintlich guten wirtschaftlichen Zeiten machen sinnvolle Investitionen Sinn, nicht nur im Hinblick auf den aktuellen Niedrigzins. Daher ist es wichtig, notwendige Investitionen wie den Breitbandausbau nicht zu verschlafen, sondern aktiv in die Hand zu nehmen. **Dies sehen wir gemeinsch von bund und freistaat**

FASTNACHT IN FRANKEN UND BEI DEN FELLENER HOASE

Tolle Akrobatik, Wortakrobatik, Spaß und trotzdem ernste Worte der Büttredenredner: Bayerns närrisches Herz schlug Ende Januar in Veitshöchheim. Auf dem Foto bin ich (rechts!) mit Martin Burkert, dem Sprecher der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten, und mit unserem SPD-Landesvorsitzenden Florian Elvis Pronold zu sehen.



Kurzweiliger Abend bei den Fellener Hoase: Gardetanz bei der Minigarde, gute Musikkapelle, perfekte Organisation und in der Pause gab es Hausmacher Wurst. Ein echtes Highlight im Sinngrund. Diese Traditionen machen unsere Heimat aus.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER MSP-SPD IN LOHR



Nach einer Schweigeminute für die Opfer des Zugunglücks von Bad Aibling und dem Dank an die vielen Helferinnen und Helfer vor Ort startete der Politischer Aschermittwoch mit vielen guten Themen. Moderator war SPD-Ortsvereinsvorsitzender Sven Gottschalk, Redner Harald Schneider, Kreisvorsitzender und MdL a.D., sowie Sepp Blenk, Fraktionsvorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Lohr.

Ich sprach über die Bundespolitik, den Mindestlohn, die Aufgaben und Chancen der Flüchtlingssituation und den mangelhaften sozialen Wohnungsbau in Bayern, den die CSU-Staatsregierung in den letzten Jahren total verschlafen hat. Der Heringssalat von Sven Gottschalks Mutter, Wirtin im Gasthaus Schönbrunnen, war übrigens hervorragend.

**Mehr Fotos aus Berlin und Unterfranken
tagesaktuell auch OHNE ANMELDUNG
und OHNE PASSWORT unter
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB**

BESUCH BEIM JOBCENTER MAIN-SPESSART

Beim Gespräch im Job-Center Main Spessart unterhielt ich mich mit dem Geschäftsführer Jürgen König, seiner Teamleiterin für Markt und Integration, Kerstin Kurz, sowie Christina Schöler-Beetz, die gerade zur Teamleiterin fortgebildet wird, über aktuelle Themen.

Mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen ist die Situation so, dass derzeit insgesamt 280 anerkannte Flüchtlinge im Jobcenter gemeldet sind. Die meisten von ihnen befinden sich gerade in Sprach- und Integrationskursen oder in Qualifizierungslehrgängen. Wichtig ist, dass die Flüchtlinge anschließend auch die Möglichkeit bekommen, eine Arbeit aufzunehmen. Daran arbeitet das Jobcenter, und zwar ganz eng zusammen mit der Arbeitsagentur, dem Handwerk und der Industrie in Main-Spessart.

Um die Arbeitsprozesse des Job-Centers besser kennenzulernen, werde ich Ende Februar dort ein Ein-Tages-Praktikum machen. Der Bericht hierüber kommt dann in den nächsten Newsletter.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GUTE GESPRÄCHE BEI FISH & TALK IN HÖCHBERG



Fish & Talk hieß es beim traditionellen Fastenessen beim Ortsverein in Höchberg. Als Gastredner referierte ich dort etwa 40 Minuten über die aktuelle Bundespolitik. Schwerpunkt war das Thema „Was die Gesellschaft zusammen hält“. Hervorgehoben habe ich die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Auch der demographische Wandel, die aktuelle Flüchtlingssituation und das Freihandelsabkommen TTIP kamen zur Sprache. Die anschließende Diskussion zeigt mir, wie wichtig solche Veranstaltungen sind: offen, ehrlich, direkt und nah am Menschen. Genauso, wie Politik sein sollte!.

BRIEF VOM PRAKTIKANTEN

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mein Name ist Johannes Fleischmann. Derzeit mache ich ein achtwöchiges Praktikum im Gemündener Bürgerbüro.

Ursprünglich komme ich aus Frammersbach, studiere aber derzeit in Aachen den Masterstudiengang Politikwissenschaft im 10. Semester. Vor meinem Praktikum habe ich sechs Monate in Lissabon



studiert. Ich möchte neben meinem theoretischen Studium an der Universität die politische Praxis im Bürgerbüro in Gemünden, aber auch bei vor-Ort-Terminen in Begleitung mit Bernd Rützel näher kennenlernen. Ich bin gespannt, was mich noch erwarten wird.

Ein Bericht meiner Erfahrungen schreibe ich dann für den nächsten Newsletter.

BUNDESTEILHABEGESETZ

Am **2. März** kommt meine Bundestagskollegin Kerstin Tack, Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Menschen mit Behinderung, nach **Marktheidenfeld**.

Ich habe sie im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Fraktion vor Ort**“ eingeladen, um mit ihr über das neue Bundesteilhabegesetz zu sprechen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Sie sind alle herzlich eingeladen!

Sie beginnt um **15 Uhr im Hotel „Zur Schönen Aussicht“, Brückenstraße 8, Marktheidenfeld**.

Für Gehörlose haben wir Gebärdensprachdolmetscher organisiert.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August für ein Jahr in Boston lebt. Hier ihr aktueller Bericht:

Unwetter In den letzten Wochen hatten wir hier typisches „New England“ Wetter. In der einen Woche hat es so sehr gestürmt und geschneit dass sogar der Strom für längere Zeit ausgefallen ist, und in der nächsten Woche gab es dann schon wieder frühlingshaftes Wetter. Aber nicht nur der Strom ist ausgefallen, sondern auch die Schule! Wir hatten in diesem Winter jetzt bereits zwei „Snowdays“, die wir aber leider am Ende des Schuljahres nachholen müssen, was bedeutet, dass die Sommerferien dann später beginnen. Glücklicherweise hatten wir solch einen „Snowday“ am Tag nach dem Superbowl. Leider war unsere Mannschaft, die New England Patriots, nicht im Endspiel, aber wir verfolgten das Spiel alle vor dem Fernseher. Letztes Wochenende hatte es hier minus 18 Grad Celsius und da

durfte keiner das Haus verlassen, da man schon nach 15 Minuten Erfrierungen bekommen kann. Perfekt zum Ferienbeginn wurde es ein paar Tage später aber schon wieder wärmer bei strahlendem Sonnenschein.

Passt auf Euch auf, Franz!



Storms The last few weeks we had typical “New England” weather. One week it was stormy and because of a blizzard we had no power, but just a few days later it was already springlike weather outside. Not only did we lose power during the blizzard, but they also had to cancel school! This winter we have already had two snowdays that we unfortunately have to make up and our summer vacation will be postponed. The good thing about it was that we had a snowday the day after the Superbowl so we could stay up late and it was so much fun to see the game on the TV. However, our team, The New England Patriots, wasn't in it. Last week it got really cold; it was minus 18 degrees Celsius and we weren't allowed to leave the house because you could easily get frostbite if you were outside longer than 10 minutes. However, just in time for our February school vacation, we got some nice spring weather and the sun was shining.

Take care, Franz!

Alle Texte von Franz auf www.bernd-ruetzel.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für AB-West

Betreuungsabgeordnete
für AB-Ost und Miltenberg

Mehr Gäste in Bayern als je zuvor / Zuwachs für Unterfranken

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2015 war Bayern als Reiseziel so beliebt wie nie zuvor. Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes registrierte der Freistaat zwischen Januar und Dezember des vergangenen Jahres 34,2 Millionen Gästeankünfte und 88,1 Millionen Übernachtungen. Das Plus von 5,4 bzw. 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr beschert dem Freistaat ein Rekordergebnis.

Auch Unterfranken legt mit 5,8 Prozent mehr Ankünften (2,8 Mio.) und 3,5 Prozent mehr als Übernachtungen (7 Mio.) im bayernweiten Vergleich kräftig zu. Mit diesen Zahlen behauptet Bayern auch im Jahr 2015 wieder seine Spitzenposition unter den beliebtesten deutschen Reisezielen. Es freut mich natürlich besonders, dass sich die Zahlen auch in Unterfranken weiter gut entwickelt haben. Für Bayern ist der Tourismus ein zentraler Wirtschaftsfaktor, der viele Arbeitsplätze sichert. Diese hervorragenden Zahlen sollten jetzt Ansporn sein, ein noch breiteres Angebot für alle Gesellschaftsschichten zu schaffen. Insbesondere die Angebote für Familien, für Alleinerziehende oder ältere Menschen mit knappem Geldbeutel sollten erweitert werden. Urlaub und Erholung sind kein Luxus, son-

dern jeder hat ein Anrecht darauf. Wichtig ist mir, dass Bayern ein Tourismusland für alle bleibt. Menschen, die sonst keinen Urlaub machen können, müssen entsprechende Förderangebote erhalten.

Zu einem modernen Tourismus gehört auch, für barrierefreie Zugänge zu Touristenattraktionen zu sorgen. Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist ganz sicher der Klimawandel. Er wirkt sich bereits jetzt auf den klimasensiblen Tourismus aus. Jetzt müssen konkrete Maßnahmen getroffen werden, um beispielsweise die betroffenen Gebirgsregionen dabei zu unterstützen, sich unabhängiger vom Schnee zu machen und Alternativangebote zu entwickeln.

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buero@martina-fehlner.de

GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher in der SPD-Landtagsfraktion
Abgeordneter für Würzburg-Stadt
Betreuungsabgeordneter für Main-Spessart

Die Handwerksbetriebe setzen auf Flüchtlinge – Ein Besuch bei der Firmengruppe Göbel

Das Handwerk hat zunehmend Probleme, Lehrstellen mit geeigneten Bewerbern zu besetzen. Gleichzeitig halten sich derzeit knapp 12.000 Flüchtlinge in Unterfranken auf, viele sind jung und motiviert. Doch kann es gelingen, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen?

Dies war der Schwerpunkt meines Besuchs bei der Würzburger Firmengruppe Göbel am Tag der Ausbildung. Soll Integration gelingen, muss dies über

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



die Arbeit gehen. Um auch kleinere Betriebe dafür zu gewinnen, ist der Abbau von Bürokratie nötig.



Integration durch Arbeit: die jungen Azubis Farhat Nuri und Abdul Safi (von links) mit Eugen Hain (Agentur für Arbeit), Bernhard, Georg und Jochen Göbel (Firmengruppe Göbel) und Susanna Niewalda (Bayerischer Bauindustrieverband).

Auch dem mittelständischen Familienbetrieb, der mit etwa 220 Mitarbeitern ein breites Aufgabenfeld rund ums Bauen abdeckt, fällt es von Jahr zu Jahr schwerer, Lehrlinge für den Hoch- und Tiefbau, als Maurer, Betonbauer oder im Rohrleitungsbau zu gewinnen, berichtete Firmenchef Georg Göbel. Um dennoch nicht ohne junge Fachkräfte dazustehen, hat das Unternehmen mit Abdul Safi (Fliesenleger) und Farhat Nuri (Maurer) gleich zwei afghanische Flüchtlinge in die Ausbildung aufgenommen und damit die Rolle eines Vorreiters eingenommen. „Es war die richtige Entscheidung“, erzählte Göbel.

Dennoch ist die Politik gefordert. Das Handwerk wartet auf die entsprechenden Rahmenbedingungen. Auch der renommierte Betrieb ist wiederholt auf bürokratische Hürden gestoßen. So erhielt der junge Mann erst die Möglichkeit, einen Führerschein zu machen, nachdem ich Innenminister Joachim Herrmann in dieser Angelegenheit angeschrieben hatte. Ein Nadelöhr drohen die Schulen und der Wohnungsbau zu werden, die sich noch

deutlich stärker auf die Zuwanderer und ihre spezifischen Probleme einstellen müssen. Aber auch da werde ich dran bleiben.

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de



Volkmar Halbleib

Haushaltspolitischer Sprecher
und Parl. Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter
für Stadt und Landkreis Kitzingen

Bayern-Ei Skandal: Verantwortliche sitzen in der Staatsregierung!

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Bayern-Ei Skandal sorgt berechtigterweise für erheblichen Wirbel in der derzeitigen Landespolitik. Natürlich ist die Verbitterung über fehlerhaft ablaufende Kontrollen verständlich, allerdings liegt das nicht in erster Linie an den Kontrolleuren, sondern viel mehr an einem Versagen des CSU-Verbraucherministeriums selbst.

Die Verantwortlichen dafür sitzen nicht in den Landratsämtern. Die Verantwortlichen sitzen an der Spitze des Ministeriums. Es kann nicht sein, dass es weder Verbraucherministerin Scharf noch ihren Amtsvorgängern Huber und Söder aufgefallen ist, dass noch nicht einmal die Hälfte der vorgeschriebenen Kontrollen stattgefunden hat.

Es gibt schon seit Jahren, wie auch in anderen Bereichen der Verwaltung, viel zu wenig Personal für

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



eine effektive Kontrolle und der CSU-Staatsregierung mangelt es am politischen Willen für mehr Geld, rechtliche Vorgaben und die Bereitstellung der technischen Ausstattung zu sorgen. Sie lässt mit ihrer Untätigkeit nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Kontrolleure vor Ort im Stich, die trotz widriger Arbeitsbedingungen versuchen ihr Bestes zu tun.

Nach dem Totalversagen der Ministerin darf jetzt nicht auf Zeit gespielt werden. Die Reformvorschläge des Bayerischen Obersten Rechnungshofes müssen dringend umgesetzt werden, damit der Schutz

der Menschen vor verseuchten Lebensmitteln endlich wieder funktioniert. Und wir als Opposition werden die Einhaltung dieser Vorgaben natürlich sehr genau verfolgen.

Mit den besten Grüßen

Ihr Volkmar Halbeib

Bürgerbüro Volkmar Halbeib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbeib@t-online.de



MEINE STIMME FÜR VERNUNFT - IHRE AUCH?!

Ab sofort kann man in meinem Bürgerbüro in der Obertorstraße 13 in Gemünden seine Stimme für Vernunft und gegen Rassismus, gegen Gewalt und gegen Ausgrenzung jeder Art erheben.

Unterschreiben Sie wie ich auch: Für Toleranz, für Respekt, für Zusammenhalt und für Sicherheit für alle.

Erstunterzeichner der Aktion sind u. A. Senta Berger, Iris Berben, Klaas Heufer-Umlauf, DGB-Chef Reiner Hoffmann, Harald Krassnitzer, Jan Josef Liefers, Natalie Wörner, Walter Sittler und Peter Maffay. Seien auch Sie dabei!

Mehr Infos auf meiner Homepage

www.bernd-ruetzel.de

und direkt auf der Seite der Kampagne

www.stimme-fuer-vernunft.de